

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Die Linke, FDP, ödp im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 23. März 2022 Rheinufergestaltung

Vorlage-Nummer 0374/2022

Das Rheinufer ist für Besucher, die von der Rheinseite anreisen, aber auch für die Menschen, die aus den Stadtteilen und dem Umland an den Fluss kommen, die Visitenkarte der Stadt, die den ersten Eindruck prägt. Zudem ist sie aber auch das wichtigste Naherholungsgebiet der Altstadt-BewohnerInnen.

Das ganzheitliche Planungskonzept, das im RheinUferForum im Jahr 2000 für das Rheinufer entwickelt wurde, ist bisher nur in kleinen Teilbereichen umgesetzt worden, so dass der Eindruck eines unvollendeten „Flickenteppichs“ entsteht, der ein schlüssiges Gesamtkonzept vermissen lässt. Der unattraktive Gesamteindruck, den das Rheinufer daher entlang der Altstadt, aber auch darüber hinaus bei unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie bei Gästen hinterlässt, ist auf ein jahrzehntelanges Defizit an Gestaltungs- und Planungswilligkeit sowie auf Personal- und Finanzdefizite in der Grünpflege (Stichwort „Freiwillige Leistung“) zurückzuführen. Inzwischen bedarf auch dieses Konzept einer Aktualisierung, wie Ortsbeirat und Stadtrat in den vergangenen sechs Jahren immer wieder festgestellt haben.

Der OBR fordert die Verwaltung auf, den **umfassenden Planungs- und Gestaltungsbedarf für die Gesamtheit des Ufers** in der Altstadt anzuerkennen und in einer entsprechenden Verwaltungs- und Organisationsstruktur abzubilden. Ihre im Sachstandsbericht 0685/2016 zum Ausdruck kommende Haltung („Zusammenfassend wird keine planungsrechtliche Erforderlichkeit [...] und [...] auch keine Notwendigkeit zusätzlicher Rechtsinstrumente gesehen“) ist zu revidieren und die Forderung im Stadtratsbeschluss 0728/2019 („die Planungen aus dem RheinUferForum [...] auf den heutigen Stand zu aktualisieren“) ist endlich umzusetzen! Dabei sind für den OBR unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzergruppen und Anwohnerinteressen folgende **Prämissen** zu berücksichtigen:

1. Die Beteiligten des Rheinuferforums vor 22 Jahren konnten den 2019 ausgerufenen Klimanotstand in ihren Empfehlungen noch nicht berücksichtigen. Um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und die Klimaresilienz der Stadt zu stärken, muss beides in eine Aktualisierung notwendigerweise einfließen. Da die in hohem Maße verdichtete und versiegelte Altstadt wenig Raum für die Schaffung neuer Grünflächen bietet, hält es der OBR für dringend geboten, entlang des Ufers **mehr Flächenanteile zu entsiegeln und zu begrünen. Der bestehende Baumbestand ist nach Kräften zu erhalten und zu ergänzen.** Aus Gründen der Nachhaltigkeit und im Sinne der Erhaltung des bestehenden und neu zu schaffenden Grüns ist für eine angemessene und intensivere Grünpflege unbedingt Sorge zu tragen. Das bedeutet, eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung sicher zu stellen.
2. Entlang des Rheinufers treffen **unterschiedliche Nutzungsinteressen** aufeinander. Gleichzeitig verlaufen seine Abschnitte in unterschiedlichen Distanzen zur angrenzenden Wohnbebauung. In Verbindung mit der häufig sehr hohen Aufenthaltsdichte führt dies nicht selten zu Konflikten, beispielsweise zwischen Besucher: innen, die Rad fahren, spazieren gehen, feiern, Sport treiben, spielen, Ruhe suchen, und Anwohner: innen.

Um ein verträglicheres Mit- und Nebeneinander der unterschiedlichen Interessen zu fördern, empfiehlt der OBR die **Gliederung der Uferzone in charakteristische Teilbereiche**, für die jeweils geeignete Regelungen gelten. Neben Abschnitten für Veranstaltungen, gastronomische Angebote, zum Feiern und Spielen haben auch Aufenthaltsflächen ohne Konsumzwang und mit „relativer Ruhe“ ihre Berechtigung. Die Gliederung muss verbindlich und in der Gestaltung vor Ort ablesbar sein.

3. Dringenden Regelungsbedarf sieht der OBR für die unmittelbar entlang des Rheinufer verlaufenden **Fuß- und Radwege**. Nutzer: innen des europäischen Radwanderweges erwarten zu Recht, dass Sie die Stadt möglichst konfliktfrei passieren können. Andererseits erwarten Fußgänger: innen, entlang des Ufers möglichst unbedrängt und gefahrlos spazieren gehen zu können. Daher beantragen wir eine **klare Trennung zwischen beiden Verkehren** und fordern die Verwaltung dazu auf, zu prüfen, auf welche Weise dies entlang des Ufers planerisch umgesetzt werden kann. Dies beinhaltet auch, für Barrierefreiheit auf den unterschiedlichen Ebenen des Rheinufer inklusive der Zu- und Abgänge und bzgl. des Belags (Rollstuhl- und Rollatorgerecht sowie fahrrad- und kinderwagengeeignet) zu sorgen.

R. Ammann + L. Julius

Ulrike Gerster

Andreas Behringer

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

CDU

SPD

Giacomo Focke

Dr. Wolfgang Klee

Christiane Drescher

Die Linke

FDP

ödp